

Entscheidung zu Lagarde vertagt

IWF-Chefin muss weiter Verfahren befürchten

Paris (dpa). Der französische Gerichtshof der Republik hat seine Entscheidung über ein Ermittlungsverfahren gegen die neue IWF-Chefin Christine Lagarde vertagt. Als neuer Termin wurde am Freitag der 4. August genannt. Eine Richterin habe zu spät erklärt, dass sie sich wegen Befangenheit zurückziehen müsse.

Es geht um eine hohe Entschädigungszahlung aus der Staatskasse an den schillernden Geschäftsmann Bernard Tapie. Lagarde hatte sie 2008 als französische Wirtschaftsministerin ermöglicht. Ein Staatsanwalt verdächtigt sie nun des Amtsmissbrauchs. „Ich bin entspannt und zuversichtlich“, sagt Lagarde. Die 55 Jahre alte Nachfolgerin des wegen versuchter Vergewaltigung angeklagten Dominique Strauss-Kahn bestreitet jegliches Fehlverhalten.

Hintergrund der Entschädigungszahlung von 285 Millionen Euro plus Zinsen war der Verkauf des deutschen Sportartikelherstellers adidas durch Tapie Anfang der neunziger Jahre. Dieser sah sich bei dem Geschäft von der Bank Crédit Lyonnais geprellt und zog vor Gericht. Das jahrelange Verfahren endete 2008 mit einem Schiedsgerichtsurteil, das Tapie die Entschädigungssumme zugestand.

Lagarde hätte dieses Verfahren nicht zulassen dürfen, so Staatsanwalt Jean-Louis Nadal. Zudem habe sie entgegen den Empfehlungen von Experten keinen Einspruch gegen das Urteil eingelegt. Der Antragsausschuss des Gerichtshofs kann im August entweder die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens befürworten oder die Forderung des Staatsanwalts als unbegründet ablehnen.



Christine Lagarde dpa

folgerin des wegen versuchter Vergewaltigung angeklagten Dominique Strauss-Kahn bestreitet jegliches Fehlverhalten.

Hintergrund der Entschädigungszahlung von 285 Millionen Euro plus Zinsen war der Verkauf des deutschen Sportartikelherstellers adidas durch Tapie Anfang der neunziger Jahre. Dieser sah sich bei dem Geschäft von der Bank Crédit Lyonnais geprellt und zog vor Gericht. Das jahrelange Verfahren endete 2008 mit einem Schiedsgerichtsurteil, das Tapie die Entschädigungssumme zugestand.

Lagarde hätte dieses Verfahren nicht zulassen dürfen, so Staatsanwalt Jean-Louis Nadal. Zudem habe sie entgegen den Empfehlungen von Experten keinen Einspruch gegen das Urteil eingelegt. Der Antragsausschuss des Gerichtshofs kann im August entweder die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens befürworten oder die Forderung des Staatsanwalts als unbegründet ablehnen.

KURZ GEMELDET

Noch kein Streik bei Easyjet

Berlin: Die Tarifgespräche für das deutsche Personal der britischen Fluggesellschaft Easyjet kommen nicht voran. Die Gewerkschaft ver.di schloss aber bis Mittwoch Streiks aus, die nach einer Urabstimmung möglich wären. Wie vor dem Freitag mitteilte, blieben Gespräche mit Easyjet ohne Ergebnis, für Dienstag sei ein weiterer Termin vereinbart worden. In dem Konflikt geht es um den erstmaligen Abschluss eines Einkommenstarifvertrags für das fliegende Personal von Easyjet. dpa

Agrarflächen werden teurer

Berlin: Die Preise für privatisierte Agrarflächen in Ostdeutschland steigen. Im ersten Halbjahr habe sich der durchschnittliche Kaufpreis um 21 Prozent auf 12.591 Euro pro Hektar erhöht, berichtete die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft. Als Gründe nannte Geschäftsführer Detlev Hamann den schon jetzt hohen Flächenverbrauch in Deutschland und die bevorstehende Energiewende. Sie wachse die Nachfrage nach Flächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe. dpa

Mehr Urlauber bei Griechen

Athen: Das krisengeschüttelte Griechenland lockt in diesem Jahr deutlich mehr Urlauber an als 2010. Wie der Verband der griechischen Reiseunternehmen mitteilte, strömten im ersten Halbjahr 2011 gut 9,5 Prozent mehr Touristen nach Griechenland als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Juni betrug die Steigerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar 15,9 Prozent. Von dem Zustrom profitierten vor allem die großen Ferieninseln. Allein Rhodos verzeichnete ein Plus von 33,3 Prozent. dpa

► Urlaub in Griechenland? Seite R/1

Schlauer als die Bauern

Die Deutsche Biogas AG hat ein großes Rad gedreht – Landwirte und Aktionäre sind die Dummen

VON CAROLA BOSE-FISCHER

Eigentlich ist Knut Harms* Milchbauer. Bis vor ein paar Jahren standen auf dem Hof 50 Milchkühe. Harms musste schwer schuften – und kam, wenn der Milchpreis mal wieder im Keller war, auf keinen grünen Zweig. So verließ er auf Biogas. Der Markt boomte, überall bauten Bauern Biogasanlagen, die Strom und Wärme produzieren. Auch Harms stieg ein.

Hier kommt Horst Lammers ins Spiel, von Haus aus ebenfalls Landwirt. Ein erfolgreicher. Aus der elterlichen Hofstelle in Friesoythe hat der heute 44-Jährige einen Großbetrieb mit Milchkühen und Bullenmast gemacht. Mit Biogas kennt Lammers sich aus. Als einer der Ersten baute er auf seinem Hof eine Biogasanlage – und entwickelte daraus eine Geschäftsidee, mit der er in kurzer Zeit zum erfolgreichen Unternehmer aufstieg. Privat legte er sich das Moorgut Sedelsberg samt Jagdrevier zu, das den Guldenburgs aus der ZDF-Serie zur Ehre gereicht hätte, erzählen frühere Geschäftspartner.

Erst 2005 hatte Lammers seine Firma gegründet, die Deutsche Biogas AG in Friesoythe. Sie plant, baut und betreibt Biogasanlagen – gemeinsam mit Landwirten. Dieses „Partnerschaftsmodell“ und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem satte Boni für Agrarrohstoffe wie Mais zur Produktion von Biogas eingeführt wurden, sorgten für schnelles Wachstum.

Im Grundsatz ist das eine gute Idee, von der beide Seiten profitieren können, sagt ein Branchenkenner: Der Bauer stellt Standort und Flächen zur Verfügung, garantiert die sichere Substratversorgung und kümmert sich um den Betrieb der Anlage. Die Deutsche Biogas betreut den Landwirt mit technischem Know-how und kaufmännischer Betriebsführung. Dafür wird eine Betriebsgesellschaft gegründet. Manchmal halten die Bauern sogar die Mehrheit. Alles ist vertraglich geregelt – auch die Bezahlung des Landwirts für die Maislieferungen und seine Entlohnung.

Landwirte dafür zu werben, fiel Lammers leicht. Er spreche ihre Sprache, erklärt ein Insider. Durch sein joviales Auftreten nehme er die Bauern rasch für sich ein – auch Knut Harms. Allein konnte er die Millioneninvestition nicht stemmen. Mit Lammers erschien das wie ein Kinderspiel. Ende 2006 sollte die Anlage in Betrieb gehen. Seinen Part hatte Harms erfüllt: Land gepachtet, Mais angebaut – alles auf Kredit finanziert.

Aber erst fast ein Jahr später ging die Anlage laut Harms ans Netz. Den Kredit musste er jedoch schon abtrotzen. Es kam noch schlimmer. Das Geld für den Mais und seinen Monatslohn habe er

EEG bremst künftig den Biogasboom

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat der Biogasbranche einen jahrelangen Boom beschert. 2010 waren nach Angaben des Fachverbands Biogas fast 6000 Biogasanlagen, mit denen Strom und Wärme hergestellt werden, am Netz, davon knapp 1100 in Niedersachsen. Mit einer installierten Leistung von 2300 Megawatt produzierten sie rund 15 Milliarden Kilowattstunden Strom. Etwa 4,3 Millionen Haushalte konnten damit versorgt werden.

Gemessen an der installierten Leistung liegt Niedersachsen mit 560 Megawatt auf Platz eins, gefolgt von Bayern, das mit 2030 Anlagen auf 548 Megawatt kommt. Auch für 2011 rechnet die Branche mit etwa 1000 Neuanlagen auf dann insgesamt 7000. Der Umsatz soll laut Verband von 5,1 auf 5,9 Milliarden Euro wachsen und die Zahl der Arbeitsplätze von 39.100 auf 44.500. Für 2012 allerdings erwartet die Branche eine Abschwächung des stürmischen Wachstums. Grund ist das gerade novellierte EEG, das Biogasanlagen künftig unter anderem eine stärkere Nutzung der Wärme vorschreibt, die jetzt noch oft verpufft. cb



Die Bauern liefern den silierten Mais, aus dem in der Biogasanlage durch Gärung das Biogas entsteht.

schleppend und dann gar nicht mehr bekommen, sagt Harms. Weil er deshalb den Kredit nicht abzahlen konnte, ließ die Bank seine Maschinen abholen. Pachtverträge platzten. Dadurch war Harms auch nicht mehr in der Lage, seinen Teil des Vertrages zu erfüllen: den Maisnachschub zu gewährleisten.

Erst da schwante dem Landwirt der Verdacht, dass „Lammers mich platt machen wollte“. Nun sei der in die Pachtverträge eingestiegen. Zu spät habe er gemerkt, dass Lammers die Bauern benutze, um das „Bauprivileg“, das nur Landwirten den Bau von Ställen oder Biogasanlagen im Außenbereich gestattet, zu umgehen. Als Harms feststellte, dass Lammers das Konto der Betriebsgesellschaft, auf das die EEG-Vergütungen für die Stromerzeugung flossen, „abgeräumt“ hatte, suchte er Hilfe bei einem Anwalt.

Seine Naivität hat ihn fast ruiniert: Geld weg und Schulden bis über beide Ohren. Jetzt hat sein Anwalt die Sperrung des Kontos erreicht – und Lammers und seiner Firma den Geldhahn zugekehrt. Was Harms widerfuhr, ist kein Einzelfall. „Nach dieser Methode“ habe sich Lammers die Standorte besorgt, berichten andere Landwirte.

Ein Bauer aus dem Mecklenburgischen blieb misstrauisch. Eine Biogasanlage wollte er nicht bauen, weil „es keinen Abnehmer für die Wärme gab“. Aber er überließ Lammers Land in Erbpacht für den Bau auf eigene Rechnung und lieferte Mais. Das Geld habe er mit dem Anwalt eingetrieben, sagt er. Die Pachtzahlungen habe Lammers „zwei Jahre verschleppt“. Erst die Drohung mit „meinem außerordentlichen Kündigungsrecht“ wirkte. „Ich hätte laut Vertrag auf einem Abriss der Anlage bestehen können“, erklärt der Bauer. Sie sei bis heute nicht fertig – weil das Kapital fehle.

Das ist das Grundproblem der Deutschen Biogas, wie ein ehemaliger Geschäftspartner erklärt: die zu dünne Kapitaldecke. Zudem habe Lammers „privat Geld aus der Firma gezogen“. So seien Provisionen von der EnviTec Biogas AG, die „eine Vielzahl“ von Anlagen für das Unternehmen gebaut habe, nicht bei den Deutschen Biogas verbucht, sondern von Lammers „persönlich kassiert“ worden. Um bei Geldgebern und Lieferanten den Eindruck einer florierenden Firma zu erwecken, habe er immer neue Bauern angeworben, sagt der Insider. Es funktionierte – weil in der Branche „Goldgräberstimmung herrschte“.

Die Oldenburgische Landesbank und die deutsche Tochter des schwedischen Geldhauses SEB waren anscheinend so angetan, dass sie der Deutschen Biogas AG im November 2010 einen Konsortialkredit über mehr als 64 Millionen Euro einräumten – „zur Neuregelung der Finanzierungsstruktur von bis zu zehn in Betrieb befindlichen Biogasanlagen sowie für die Finanzierung von bis zu 20 neuen Biogasanlagen“.

Damit hoffte Lammers wohl noch, das große Rad drehen zu können – und seine Schulden loszuwerden, wie der Insider berichtet. Bei der börsennotierten Firma EnviTec steht Lammers' Firma mit 15 Millionen Euro in der Kreide, fast so viel wie der Umsatz von zuletzt knapp 17,8 Millionen Euro. EnviTec gewährte der Deutschen Biogas ein Darlehen, das mit der Forderung verrechnet wurde – ein „unüblicher Vorgang“, sagt EnviTec-Chef Olaf von Lehmden. Aber im Interesse seines Unternehmens müsse

er alles tun, dass die Forderung erfüllt werde. Geschäftlich mit Lammers macht EnviTec nichts mehr. Um sich frisches Geld zu beschaffen, beschloss Lammers nun, an die Börse zu gehen – und gewann dafür die Frankfurter equinet Bank, die die Deutsche Biogas AG Anfang Dezember 2010 auf das Parkett begleitete. Das Debüt im Entry Standard verlief holprig. In der Preisspanne von 8,50 bis 10 Euro waren die Aktien zur Zeichnung angeboten worden, platziert wurden sie am unteren Ende. Lammers konnte nur rund 19,6 statt erhoffter 23 Millionen Euro einsammeln. Seither hält er 64,6 Prozent, der Rest ist im Streubesitz.

Vielleicht haben sich Investoren die Mühe gemacht, den fast 300 Seiten starken von equinet erstellten Börsenprospekt zu prüfen – und lieber die Finger von den Aktien gelassen. Darin finden

DEUTSCHE BIOGAS AG

Die Deutsche Biogas AG ist die Obergesellschaft einer Firmengruppe, die Strom und Wärme aus Biogas erzeugt. Das Unternehmen deckt die gesamte Wertschöpfungskette von der Projektierung, Errichtung bis zum Betrieb von Biogasanlagen ab. An den von ihr errichteten Anlagen bleibt das Unternehmen nach eigenen Angaben „maßgeblich beteiligt, sodass die Umsätze aus der Strom- und Wärmeerzeugung zunehmend an

sich neben hochfliegenden Expansionsplänen etliche Angaben über mögliche Risiken – etwa das Millionendarlehen von EnviTec, das nur bis zum 30. Dezember 2011 befristet ist. Zu den Aufsichtsräten, die das Unternehmen kontrollieren sollen, gehört auch Lammers' Lebensgefährtin Helga Klären, wie im Prospekt ausdrücklich vermerkt ist.

Den erhofften Schub hat der Börsengang Lammers' Firma nicht gebracht, wie es in der Branche heißt. Weil sich seine Methoden bei den Bauern herumgesprochen hätten, stockte der Bau neuer Anlagen. Von „zahlreichen Bauruinen“ berichten Landwirte. Keine gute Nachricht für die Aktionäre, die Lammers mit seinen Expansionsplänen lockte.

Einige Landwirte, die sich durch die Deutsche Biogas geschädigt sehen, haben Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg gegen Lammers „wegen Untreue und Prozessbetrug aufgrund zu erwartender Vermögensverluste“ erstattet, wie Oberstaatsanwalt Rainer du Mesnil de Rochemont bestätigt. In der Branche gibt es Gerüchte, dass die Deutsche Biogas vor der Pleite stehe. Dazu passt, dass der neue Finanzchef Kay Bommer, Rechtsanwalt aus Hamburg, schon nach fünf Wochen das Handtuch warf. Der Aktienkurs rauschte in den Keller und dümpelt seither bei weniger als 5,50 Euro.

Horst Lammers gibt sich jedoch ahnungslos. Der Firma gehe es blendend, finanzielle Probleme gebe es nicht, behauptet er. Die Vorwürfe der Bauern bestreitet Lammers rundweg: „Wir haben alles und immer pünktlich bezahlt.“ Von Strafanzeigen weiß er angeblich nichts. Knut Harms, der um seine Existenz kämpft, kann es nicht fassen. Mit den dreisten Lügen dürfe Lammers doch nicht durchkommen, sagt er. Wird er wohl auch nicht.

* Name geändert

Bedeutung gewonnen haben“. Für das Geschäftsjahr 2009/10 (31. 3.) berichtet die Deutsche Biogas von einem Konzernumsatz von 17,8 Millionen Euro, nach 16,8 Millionen Euro im Jahr zuvor. Das Konzernergebnis betrug demnach knapp 3,3 Millionen Euro, verglichen mit 0,73 Millionen Euro 2008/09. Anfang Dezember 2010 ging das Unternehmen an die Frankfurter Börse in den Entry Standard. Vorstandschef ist Horst Lammers. cb

Asiaten bieten für Teil von Bosch

Konzern sucht Käufer für „Basisbremsgeschäft“

Stuttgart (dpa). Der Autozulieferer Bosch hat erste Angebote für den Verkauf eines Teils seines Bremsengeschäfts vorgelegt. Dies bestätigte ein Sprecher des Unternehmens am Freitag. Die Frist für erste Offerten sei Ende Juni ausgelaufen.

Nach Informationen der „Financial Times Deutschland“ steht das sogenannte Basisbremsgeschäft zum Verkauf. Es umfasst im Kern alle Bremsteile, die sich direkt am Rad befinden. Zum kompletten Bremssystem gehört weit mehr, bis hin zum Pedal. Vom Basisbremsgeschäft in Nordamerika hat sich Bosch bereits im Jahr 2009 getrennt. Zum verbliebenen Rest gehörten 20 Standorte und etwa 5000 Beschäftigte, erklärte der Bosch-Sprecher. Die Basisbremsen seien nur ein Teil des Geschäftsfeldes Bremssysteme, das bei dem Konzern zur Kraftfahrzeugsparte zählt. Dieser Geschäftsbereich wiederum steht für etwa 60 Prozent des Gesamtumsatzes unter dem Dach des Technikkonzerns.

Mit dem Basisbremsgeschäft erzielte Bosch zuletzt 900 Millionen Euro Jahresumsatz, wie die „Financial Times Deutschland“ berichtete. Die Sparte warf ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) von rund 45 Millionen Euro ab. Zum Vergleich: 2010 setzte der Konzern insgesamt 47,3 Milliarden Euro um und erwirtschaftete vor Steuern ein Ergebnis von 3,5 Milliarden Euro.

Der Zeitung zufolge will sich der Zulieferer von den Basisbremsen trennen, weil die Autobauer zunehmend Einzelteile statt größerer Einheiten nachfragen. Außerdem werfe der Teilbereich nicht genug ab. Es gebe „eine Handvoll“ Bieter. Drei von ihnen seien industrielle Interessenten aus Asien. Bei zweien handle es sich um Finanzinvestoren.

Exportwirtschaft zeigt sich in Topform

Wiesbaden (dpa). Der deutsche Exportmotor läuft nach einem kleinen Aussetzer im April wieder auf Hochtouren. Im Mai wurden Waren im Wert von 92,1 Milliarden Euro ausgeführt, das waren Kalender- und saisonbereinigt 4,3 Prozent mehr als im Vormonat, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte.

Der Zuwachs fiel kräftiger aus, als von Volkswirten erwartet worden war. Aus ihrer Sicht bleibt der Export das deutsche Erfolgskonzept, auch wenn sich das Wachstum etwas abschwächen dürfte. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhren im Mai um 19,9 Prozent zu. Die Importe stiegen um 15,6 Prozent auf 77,3 Milliarden Euro. Kalender- und saisonbereinigt verbesserten sie sich gegenüber dem Vormonat um 3,7 Prozent. Im April war der Wert der Ausfuhren gegenüber dem Vormonat noch um 5,5 Prozent gesunken.

Zahl der Azubis wächst um 8 Prozent

Berlin (rtr). Bis zur Jahresmitte hat die Wirtschaft trotz sinkender Bewerberzahlen deutlich mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. „Ein Grund sind Vorzieheffekte“, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Hans Heinrich Driftmann, am Freitag in Berlin. Auch Handwerkspräsident Otto Kentzler erklärte: „Die Betriebe haben erkannt, dass sie früher im Jahr aktiv werden müssen, um geeignete Kandidaten für ihre Ausbildungsplätze zu finden.“

Die Industrie- und Handelskammern registrierten bis Ende Juni rund 186.800 neue Lehrverträge. Das seien 8,2 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2010. Im Handwerk stieg die Zahl der Neuverträge um 6,2 Prozent auf 57.800. „Der Bewerbermarkt ist größtenteils schon leer gefegt“, erklärte Driftmann. Mehr Bewerbungen aus früheren Schulabgangsjahren und lernschwächeren Jugendlichen gelinge nun der Einstieg in eine Ausbildung.

Ihr Abonnement

Reiseservice online erledigen und gewinnen!

Sie fahren in den Urlaub – und Ihre Zeitung?
Wer bis zum 31. August 2011 seinen Reisewunsch online unter www.haz.de/osc aufgibt, nimmt automatisch an der Verlosung einer tollen Reise teil.

www.haz.de

Hannoversche Allgemeine
Hannovers starke Seiten